

Wahlplattform
zur Landtagswahl 1975
der Freien Demokratischen Partei
Landesverband Nordrhein-Westfalen

„Liberale Politik für Nordrhein-Westfalen“

(Beschlossen vom Landeshauptausschuß
in Düren am 7. Dezember 1974)

F.D.P.

**Liberales
Politik
für Nordrhein-
Westfalen**



Damit auch morgen Vernunft regiert...

Der politische Stil, also die Art und Weise, wie die Parteien den Wähler ansprechen, ist Prüfstein für ihr politisches Verantwortungsbewußtsein.

Die F.D.P. fordert: **In der Politik muß Ehrlichkeit herrschen.**

Die F.D.P. will nicht in den nordrhein-westfälischen Landtag kommen, indem sie sich das Vertrauen der Wähler erschleicht, indem sie ihnen die Erlösung aus allen Schwierigkeiten verheißt und sie mit unverbindlichen Versprechungen ködert. Wie im täglichen Leben, so gilt auch in der Politik für derartige Praktiken: Große Worte, aber nichts dahinter.

Die F.D.P. will den Wählern nicht vorenthalten, daß die Probleme Nordrhein-Westfalens nur nacheinander, nicht gleichzeitig, auch nicht von heute auf morgen gelöst werden können.

Die nordrhein-westfälischen Liberalen halten es für ihre Pflicht, in dieser Wahlplattform **dem Bürger klipp und klar zu sagen:**

- welche politischen Schwerpunkte sie für Nordrhein-Westfalen setzen,
- was sie mit den Reformen machen wollen,
- wie sie zu anderen Parteien stehen,
- welche Bedeutung Koalitionen für sie haben,
- welche Vorteile die liberale Partei dem Bürger bringt.

Die F.D.P. tritt mit einem guten Gewissen vor die Bürger Nordrhein-Westfalens. Sie hat ihren Wählerauftrag erfüllt.

Die Arbeit der F.D.P.-Fraktion im Landtag braucht den Vergleich mit den beiden anderen Fraktionen nicht zu scheuen. Die F.D.P. kann eine hervorragende parlamentarische Bilanz vorlegen.

Der F.D.P.-Landesvorsitzende, Dr. Horst-Ludwig Riemer, ist anerkannt als Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr. Der F.D.P.-Ehrevorsitzende, Willi Weyer, ist erprobt als Innenminister. Ihre Aufgaben in der Regierung haben beide gelöst: Von der Bewältigung der Energieprobleme bis zur Bewahrung der inneren Sicherheit, von der Verbesserung der Wirtschaftsstruktur des Landes bis zur Durchsetzung einer modernen Verwaltungsreform, von der Erhöhung der Verkehrssicherheit auf den Straßen bis zu einer modernen Wohnungs- und Städtebaupolitik.

Die F.D.P. hat bewiesen, daß in der praktischen Politik alle Parteien gleichberechtigt sind, weil in der Politik nicht die Größe einer Partei zählt, sondern die Qualität ihrer Politik. **Erfolg: Die Liberalen haben dazu beigetragen, das Land auch in kritischen Zeiten aus dem Größten herausgehalten zu haben. Es lohnt sich weiter, in Nordrhein-Westfalen zu leben.**

Die F.D.P. in Nordrhein-Westfalen ist selbständig.

Sie hat immer gesagt, was ihr an SPD und CDU nicht paßt. Sie wird das auch in Zukunft tun. Auch die Zusammenarbeit in einer Koalition kann nicht dazu führen, seine politische Linie vornehm zu verschweigen.

Die F.D.P. macht dem Wähler ein eigenes Angebot an Politik. Dafür wirbt sie um Vertrauen.

Die F.D.P. führt ihren Wahlkampf gegen CDU und SPD. Sie macht beiden Parteien Konkurrenz.

Freie Demokraten, Sozialdemokraten und Christdemokraten stehen als demokratische Parteien im Wettbewerb um diesen Wähler. **Die F.D.P. in Nordrhein-Westfalen ist die einzige liberale Alternative.**

Die **F.D.P.** geht davon aus, daß sie nicht allein eine Regierung bilden kann. **Sie braucht einen Partner,** um mit ihm zusammen eine

gemeinsam vereinbarte Politik für unser Land durchzusetzen. Aber die F.D.P. will nicht um jeden Preis regieren. Wenn sie für die Verwirklichung ihrer liberalen Vorstellungen von einem freiheitlichen, demokratischen Gemeinwesen nicht den geeigneten Partner findet, geht sie in die Opposition.

Wer Vernunft in der Politik garantieren will, muß unabhängig sein. Das ist die F.D.P.: Sie steht nicht unter dem Einfluß von Kirchen oder Gewerkschaften, Unternehmensverbänden oder Wirtschaftsvereinigungen.

Eine Partei, die vernünftige Politik machen will, darf sich keinen Ideologien und Heilslehren verschreiben. Für die F.D.P. verbieten sich Ideologien und Heilslehren von selbst, weil sie auf praktische Vernunft baut und sich deshalb in der Parteienlandschaft in einer natürlichen Position der Mitte befindet. **Vernunft in der Politik ist das liberale Prinzip.**

Wer zu sehr an den Utopien von übermorgen hängt oder sich zu sehr an die Probleme von gestern klammert, läuft Gefahr, nichts für die Gegenwart zu tun. **Die F.D.P. dagegen will die Aufgaben von heute lösen und die Weichen für morgen stellen.**

Die F.D.P. hält nichts davon, sich an den Schwierigkeiten für die Lösung der gegenwärtigen Probleme vorbeizumogeln und nur, um wieder an die Macht zu kommen, Etikettenschwindel zu betreiben. Die Lösung internationaler Probleme darf man nicht national oder gar auf Landesebene versprechen. Das gäbe ein böses Erwachen für den Bürger!



Mut zur Vernunft!

Liberaler Politik ist nicht möglich ohne Reformen.

Wie überall, geht es auch hier um das rechte Maß. Daher fordert die F.D.P.:

Kein Reformen-Übersoll – kein Reformen-Untersoll.

Die Aufgabe der F.D.P. lautet:

Reformiert die Reformen, um die Reformen zu retten.

Reformen dürfen weder unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, noch die Bürger überfordern.

Deswegen setzt sich die F.D.P. nur für wirtschaftlich abgesicherte Reformen ein: Damit sie lebensfähig sind und auch in der Zukunft verkräftet werden können.

Die Bürger müssen Zeit haben, sich an Reformen zu gewöhnen, sie verstehen zu lernen, um sie akzeptieren zu können. Das Tempo muß stimmen, sonst entwickelt sich Widerwillen und Reformen werden abgelehnt, auch wenn sie vernünftig sind. Das ist zu schade für eine gute Sache.

Reformen muß man auch immer wieder an der Wirklichkeit messen: ob die Ziele noch stimmen, ob die Methoden noch stimmen, ob die Bedürfnisse noch stimmen.

Deswegen müssen die Reformen reformiert werden.

Die F.D.P. ist die Partei mit dem Mut zur Sachlichkeit, die sich nicht scheut, auch unbequeme Dinge anzusprechen und durchzusetzen.

Deswegen setzen auf die F.D.P. in besonderem Maße Männer und Frauen

- Die wissen, daß liberale Marktwirtschaftler die Marktwirtschaft in Ordnung halten und den Mittelstand, die leitenden Angestellten und die freien Berufe weder dem „Kapital“ noch der „Arbeit“ zum Opfer bringen.

am
4. Mai
F.D.P.

- Die wissen, daß die F.D.P. sich konsequent für die Chancengleichheit der Frauen einsetzt. Die Anerkennung der Hausfrauenarbeit oder bezahlten Urlaub bei Krankheit des Kindes. Aber auch für praktische Lebenshilfe, von Betriebskindergärten über neue Ladenschlußzeiten bis zu den Tagesmüttern.

Die Bürger Nordrhein-Westfalens können sich auch in Zukunft auf die F.D.P. verlassen.

Wer der F.D.P. bei der Verwirklichung ihrer Ziele helfen will, ist ihr als Partner willkommen – ob Angestellter, Arbeiter oder Beamter, Selbständiger oder Freiberufler, Mann oder Frau, Lehrling, Schüler oder Student.

Die F.D.P. hält nichts davon, dem Bürger in Hunderten von Einzelpunkten alles und damit im Grunde nichts zu versprechen, weil die Bürger daraus nicht entnehmen können, was die Partei eigentlich will und wo sie steht. Zur Ehrlichkeit gegenüber dem Wähler gehört es für die F.D.P., klar zu sagen, welche Schwerpunkte die Liberalen setzen, welche politischen Bereiche für sie die wichtigsten sind. Dies schließt selbstverständlich ein, daß die Freien Demokraten in allen anderen Bereichen ihre bewährte Politik fortsetzen.

Die F.D.P. setzt sich für die nächsten fünf Jahre die folgenden Schwerpunkte:

- I. Liberale Marktwirtschaftspolitik**
- II. Liberale Bildungspolitik**
- III. Liberale Arbeitswelt**
- IV. Liberale Staatspolitik**

I

Liberales Marktwirtschaftspolitik

Die Wirtschaftsstruktur Nordrhein-Westfalens hat eine gesunde Grundlage. Die Voraussetzungen für persönlichen Wohlstand sind hier vielfältig.

Es lohnt sich, in Nordrhein-Westfalen zu arbeiten.

Der größte Reichtum dieses Landes sind seine tüchtigen und leistungsbewußten Menschen sowie seine natürlichen Bodenschätze.

Das Ziel liberaler Wirtschaftspolitik heißt:

Nordrhein-Westfalen muß seine starke wirtschaftliche Stellung behalten und ausbauen zum Wohl der Bürger dieses Landes und der gesamten deutschen Volkswirtschaft.

Dazu gehört aber vor allem der Mut, die Fahne der Marktwirtschaft auch in schwierigen Zeiten hoch zu halten. Dies garantieren nur liberale Marktwirtschaftler. Sie gehen wirksam gegen Arbeitslosigkeit und Inflation vor.

Deshalb lehnt die F.D.P. es ab, die inneren Gesetze der sozialen Marktwirtschaft durch eine staatliche Kommandowirtschaft der starken Worte zu ersetzen.

Deshalb lehnt die F.D.P. es ab, staatliche Eingriffe bei jeder Gelegenheit und am falschen Objekt zu fordern.

Deshalb lehnt die F.D.P. es ab, jedem alles zur gleichen Zeit zu versprechen: ohne Rang, Reihenfolge und finanzielle Absicherung.

Deshalb lehnt die F.D.P. es ab, die Lösung internationaler Probleme national oder gar auf Landesebene zu versprechen. Das zeugt nicht von Sachverstand. Unser Land ist nun einmal in seiner wirtschaftlichen Entwicklung von der Entwicklung der Weltwirtschaft abhängig.

In der Wirtschaftspolitik braucht man Politiker mit Stehvermögen, also liberale Marktwirtschaftler.

Dazu gehört die Fortführung einer konsequenten Strukturpolitik für Nordrhein-Westfalen.

Das Ziel der F.D.P.: Einseitige Wirtschaftsstrukturen in wachstumsschwachen industriellen Problemgebieten abzubauen und Wirtschaftsräume mit unterdurchschnittlicher Wirtschaftskraft stärker zu machen.

Das Programm der F.D.P.:

- Attraktive Infrastruktur, also Verbesserung der Verkehrsbedingungen, der Bildungseinrichtungen und der Einrichtungen für die Daseinsvorsorge,
- Erhöhung des Freizeitwertes,
- Förderung von Rationalisierung, Produktivitätssteigerung und erfolgversprechenden neuen technischen Einrichtungen,
- Ansiedlung von Betrieben, die sichere und ertragreiche Arbeitsplätze bieten.

Die F.D.P. lehnt es ab, überholte Strukturen zu erhalten. Das wäre kurzfristig. Die F.D.P. hat den Mut zu einer Strukturpolitik, die auf Wirtschaftswachstum sowie die Güter und Leistungen von morgen setzt.

Die F.D.P. bekennt sich zu einer Industriepolitik für Nordrhein-Westfalen, die auf dem natürlichen Reichtum unseres Landes und seinen Menschen aufbaut. Auf Kohle, auf Stahl, in besonderem Maße aber auf Gütern und Leistungen, die viel Ausbildungskapital, ein erhebliches Maß an Forschungs- und Entwicklungsarbeit fordern. Darin soll das Schwergewicht des Wirtschaftswachstums unseres Landes liegen.

Diese **moderne Technologie- und Industriepolitik** ist auch möglich, weil **Nordrhein-Westfalen gerüstet** ist, mit dem bestimmenden wirt-

schaftspolitischen Ereignis unserer Zeit und seinen Folgen fertig zu werden: dem Ölschock. Die F.D.P. fordert als Gegenstrategie, unsere eigenen Kräfte und Energien zu mobilisieren, sie sinnvoller und wirksamer einzusetzen.

Konkret heißt das für Nordrhein-Westfalen:

Unsere eigenen Energien müssen wir wirtschaftlicher einsetzen – vor allen Dingen die Kohle.

Als Kohleöl. Als Kohlegas. Als Kohlebenzin. Wir müssen mehr forschen und neue Techniken entwickeln.

Dies ist gleichzeitig ein wichtiger Beitrag zur Sicherung der Arbeitsplätze.

Die F.D.P. bekennt sich zu einer konsequenten Beschäftigungspolitik, um die Arbeitsplätze in unserem Lande zu sichern.

Liberaler sichern die Arbeitsplätze

- durch Verbesserung der Ertragslage zur Steigerung der Investitionstätigkeit der Unternehmen,
- durch Sicherung des Exports,
- durch Umschulung, Aus- und Weiterbildung der Arbeitnehmer,
- durch staatliche Programme zur Abfederung konjunktureller und struktureller Schwierigkeiten.

Zur Sicherung der Arbeitsplätze gehört für die F.D.P. aber auch eine konsequente Antiinflationpolitik, damit die Bundesrepublik weiter das stabilste Land der Welt bleibt.

Bei all diesen Zielen helfen weder große Worte noch dirigistische Maßnahmen.

Nur eine Partei, die allen Betriebsgrößen gleiche Bedingungen für Start und Entwicklung einräumt, kann ernsthaft von sich behaupten, für den Wettbewerb zu sein.

Die F.D.P. weiß, daß Klein-, Mittel- und Großbetriebe gemeinsam zum Wachstum der Wirtschaft beitragen.

Unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit hängt weitgehend von der Tüchtigkeit gerade der kleinen und mittleren Betriebe ab. Ihr **Beitrag zum Wirtschaftswachstum** und zu der bestmöglichen Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen ist nicht hoch genug einzuschätzen.

Die F.D.P. setzt sich dafür ein, mit einem breit gefächerten Maßnahmenkatalog dem gesunden Mittelstand seinen Platz zu erhalten. Dies ist auch notwendig, um unser marktwirtschaftliches System offen zu halten, damit nicht allein die Großen bestimmen, sondern jeder seine Chance wahrnehmen kann.



II

Liberaler Bildungspolitik

Die F.D.P. will mehr Einfluß in der Bildungspolitik, damit es auch in der Schule mit Vernunft weitergeht.

Der F.D.P. kommt es auf eine sorgfältig geplante, zielstrebige und entschlossene Reform in Etappen an.

Die F.D.P. fordert eine Erziehung zur Verantwortung sich selbst und der Gemeinschaft gegenüber – wie es dem Grundgesetz entspricht.

Schulreform ist nicht nur Sache des Staates und der Lehrer. Schulreform kann nur gelingen, wenn die Eltern von ihrer Notwendigkeit überzeugt sind, wenn sie einsehen, daß die Anforderungen der heutigen Zeit neue Inhalte und Methoden erfordern.

Die F.D.P. kämpft für die Förderung individueller Fähigkeiten, Neigungen und Leistungen. Deshalb setzt sie sich für ein chancengerechtes Schulsystem ein, das die Schwachen und Behinderten ebenso einbezieht wie die besonders Begabten.

Eltern und Schüler müssen auch selbst entscheiden dürfen, welche Bildungswege beschritten werden sollen.

Die F.D.P. wendet sich gegen all diejenigen, die Bestehendes um jeden Preis bewahren wollen, auch wenn es längst überholt ist; die jedes Risiko der Schulversuche aufbauschen, weil ihnen die Chancengleichheit für alle nicht paßt. Die sich jeden Unmut zunutze machen, um gegen besseres Wissen zum Schaden unserer Kinder den notwendigen Freiraum zur Erprobung von Neuerungen zu zerstören. Die durch überzogene Kritik auf unverantwortliche Weise Unruhe in die Schulen tragen.

Die F.D.P. erteilt aber auch denjenigen eine klare Absage, die Fortschritt um jeden Preis wollen, die mit ihren hastigen und unausgereiften Experimenten nur Widerwillen gegen notwendige Verbesserungen unseres Schulsystems hervorrufen.

Die F.D.P. erklärt: Änderungen des Schulsystems müssen zunächst die Reifeprüfung für praktische Tauglichkeit bestehen. Erst dann dürfen sie vom Gesetzgeber für verbindlich erklärt werden.

Das gilt für die Gesamtschule wie für die Kollegschule.

Schulreform verlangt von allen Beteiligten viel Geduld und Augenmaß. Deshalb ist erst nach gründlicher Erprobung und wissenschaftlicher Auswertung der Ergebnisse zu entscheiden, welche Folgerungen aus den laufenden Versuchen für eine Änderung des Schulsystems zu ziehen sind.

Vorschnelle Änderungen – wie in anderen Bundesländern – macht die nordrhein-westfälische F.D.P. nicht mit.

Die F.D.P. sagt: **Auch neuen Lehrmethoden soll man eine Chance geben.** Dabei darf man die Ausbildung der Lehrer und die Aufklärung der Eltern nicht vergessen.

Neue Methoden und Inhalte sind nicht schon deshalb schlecht, weil nicht alle Eltern und alle Lehrer sie auf Anhieb verstehen. Die Enkel haben schon immer etwas anderes gelernt als ihre Großeltern.

Damit junge Menschen eine zeitgemäße und zukunftsichere Berufsausbildung erhalten und sich berufliche Ausbildung auch im Beruf auszahlt, besteht die F.D.P. auf einer engen Verbindung von praktischer und theoretischer Ausbildung. **Deshalb lehnt sie die Praxisferne einer verstaatlichten Berufsausbildung ab.** Sie kämpft für den Verbund und die Gleichberechtigung von Berufsschulen, Ausbildungsbetrieben und ihnen zugeordneten überbetrieblichen Lehrwerkstätten der Wirtschaft.

In der nächsten Legislaturperiode verlangt die **berufliche Bildung einen neuen Stellenwert**, der sich auch in der finanziellen Förderung ausdrücken muß.

Die F.D.P. hält es für absolut erforderlich, in den nächsten 5 Jahren **für Abiturienten neue Ausbildungsmöglichkeiten zu schaffen**. Sie müssen – ähnlich wie das Hochschulstudium – für die Wahrnehmung qualifizierter Positionen in Wirtschaft und Verwaltung befähigen. Diese Ausbildung soll in erster Linie praxisorientiert sein.

Für die F.D.P. hat die Möglichkeit des Ausbaus bestehender und der Gründung neuer Hochschulen vorerst ihre Grenzen erreicht. Jetzt kommt es auf eine **bessere Ausnutzung der Kapazität der Hochschulen** an:

- Dazu ist eine Reform der Studienziele, Studieninhalte und Arbeitsmethoden notwendig, die den Studierenden in einer vertretbaren Zeit zu einem qualifizierten Abschluß kommen läßt.
- Die Steuerzahler haben ein Recht darauf, daß die enormen Investitionen im Hochschulbereich nicht für eigennützige Interessen von Hochschulangehörigen mißbraucht werden.
- Die willkürlichen und schematischen Begrenzungen für den Zugang zur Hochschule müssen abgebaut werden. Das System für die Berechnung der Aufnahmekapazität muß an neuen Maßstäben gemessen werden.



III

Liberales Arbeitswelt

Die F.D.P. hat sich für die nächsten 5 Jahre vorgenommen, die **Arbeit und das Berufsleben mehr als bisher zu einem positiven Beitrag zur persönlichen Lebensentfaltung zu machen.**

Dabei geht die F.D.P. davon aus, daß sich persönliche Leistung auch lohnen muß. Risikobereitschaft und Einsatz dürfen nicht verurteilt werden.

Eine Gesellschaft muß stolz auf diejenigen sein, die etwas leisten. Deswegen tritt die F.D.P. auch für die **Leistungsgesellschaft** ein. Das Leistungsprinzip muß überall durchgesetzt werden.

Darüber hinaus ist es das Ziel der F.D.P., die **Arbeit menschlicher** zu gestalten, damit es sich lohnt, zu arbeiten. Die F.D.P. räumt einer derartigen Politik den gleichen Rang wie der Mitbestimmung oder der Vermögensbildung ein: Die äußeren Bedingungen der Berufstätigkeit, also die Berufswelt, bestimmen entscheidend das persönliche Wohlergehen des einzelnen.

Wenn die Arbeit auch ein positiver Beitrag zur persönlichen Lebensentfaltung sein soll, muß unsere Gesellschaft ihre **Einstellung gegenüber älteren Arbeitnehmern und arbeitenden Frauen ändern.**

Ältere Arbeitnehmer haben Erfahrungen gesammelt, auf die unsere Gesellschaft nicht verzichten darf. Sie wollen kein „Gnadenbrot“, sie wollen zu Recht einen Platz in der Wirtschaftsgesellschaft, der ihren Fähigkeiten zur Leistung entspricht. Die Wirtschaft muß sich diesen älteren Arbeitnehmern anpassen – nicht umgekehrt!

Die F.D.P. will, daß die Erfahrung der Älteren, auch der über 65jährigen, für unsere Gemeinschaft mehr als bisher nutzbar gemacht wird. Zumal viele ältere Menschen das Fehlen von Aufgaben für sich selbst beklagen. Zum Beispiel bei der Erziehung unserer Kinder oder bei der Betreuung unserer älteren Mitbürger selbst. Fachlich-pädagogische Ausbildung ist nicht das allein Entscheidende. Herz gehört auch dazu.

Die F.D.P. fordert **mehr Entfaltungsmöglichkeiten für die Frauen aller Altersgruppen**. Viele Frauen, auch wenn sie Kinder haben, würden gern berufstätig sein. Häufig macht es ihnen eine überholte Einstellung der Gesellschaft unmöglich, wenigstens eine Teilzeitarbeit anzunehmen. Die Betriebe müssen auf die besonderen Belastungen dieser Frauen Rücksicht nehmen. Der Staat muß durch eine einfallsreichere Politik diese Bemühungen nachhaltig unterstützen. Vor allem muß endlich Schluß gemacht werden mit dem unterschiedlichen Lohnniveau zwischen Mann und Frau für die gleichen Leistungen.

Die F.D.P. fordert auch hier: Die Wirtschaftsgesellschaft muß sich diesen Frauen anpassen – nicht umgekehrt!

Die F.D.P. fordert weiter:

Schluß mit der Verschwendung von Arbeitskraft. Wir müssen wieder wirtschaftlicher arbeiten. In den Betrieben, Schulen und Hochschulen, Rathäusern und Ministerien. Es gibt viele ungenutzte Möglichkeiten, die Arbeit sinnvoller zu gestalten. Es gibt viel zu viel unwirtschaftlichen Einsatz von Zeit, Mühe und Leistung. Arbeit gibt es nicht im Überfluß. Arbeit darf man nicht wegwerfen.



IV

Liberales Staatspolitik

Die F.D.P. kämpft seit Jahren dafür, daß der einzelne Bürger zu seinem individuellen Recht kommt. Die F.D.P. will den Bürgerstaat.

Die F.D.P. betrachtet den Machtzuwachs gesellschaftlicher Gruppen mit großer Sorge. Die Gefahr, daß mächtige Interessenverbände ihre Gruppeninteressen anstelle des Gemeinwohls und auf Kosten aller Bürger durchsetzen, ist heute groß. Dazu gehört auch, daß viele Funktionsträger aller möglichen Verbände an ihren Mitgliedern vorbei Funktionärspolitik machen.

Deswegen lehnt die F.D.P. den Unternehmerstaat ebenso ab wie den Gewerkschaftsstaat oder die Herrschaft der Funktionäre.

Deshalb ist die F.D.P. auch gegen die Macht der Sozialbürokraten, die dem Bürger vorschreiben wollen, wie man leben soll, wie man glücklich sein muß. Sie ist auch gegen den Kirchenstaat, der weltlicher Politik vorschreibt, was sie darf und was Sünde ist.

Die F.D.P. setzt auf soziale Partnerschaft. Denn die Menschen vertragen sich viel besser, als ihnen diejenigen einreden, die berufsmäßig vom Konflikt leben und am Konflikt verdienen. Partnerschaft ist nur auf dem Boden gleicher Rechte für alle möglich, gleicher Rechte vor allem für die Arbeitnehmer. Deswegen ist die F.D.P. auch gegen Privilegien.

Die F.D.P. fordert:

Der liberale Bürgerstaat muß ein starker und wachsamer Staat sein.

Ein Staat, der auch mit den Wirtschaftsverbänden oder den Gewerkschaften ins Gericht geht, wenn die Preise und Löhne übermäßig steigen.

Ein Staat, der keine Angst hat, nach Recht und Gesetz seine Mittel einzusetzen: Gegen Kriminelle, gegen Umweltvergifter, gegen Bodenspekulanten.

Ein Staat, der wachsam ist und sich und seine Bürger zu schützen weiß vor Extremisten von links und rechts. Der aufpaßt, daß Terroristen den Bürger nicht in Angst und Schrecken versetzen.

Der in seinem entschlossenen Kampf gegen Terroristen und deren Sympathisanten rechtsstaatliche Grundsätze wahrh. **Nur ein Rechtsstaat kann nach Auffassung der F.D.P. die kämpferische Demokratie glaubwürdig verkörpern.**

Unsere Bundesrepublik Deutschland ist ein stabiler Staat. Der wichtigste Grund hierfür ist das bewährte 3-Parteien-System in unserem Lande. Hätten sich nur SPD und CDU gegenseitig in der Macht abgelöst, so hätte die eine Partei immer das rückgängig gemacht, was die andere Partei gerade begonnen hat. Davor hat die F.D.P. unser Land bewahrt.

Die Liberalen haben dafür gesorgt, daß es ohne Bruch weiterging. Sie **haben die beiden anderen Parteien daran gehindert, ihre extremen Positionen in die Praxis umzusetzen.** Die F.D.P. hat durch ihre jeweilige Regierungsverantwortung sowohl CDU wie SPD zu liberaler Politik gezwungen: Zu einer Politik des Ausgleichs statt der Konfrontation, der Mitte statt des einseitigen links oder rechts, des Fortschritts mit Vernunft statt des „keine Experimente“ oder des „Sozialismus“.

Die F.D.P. ist gut gegen CDU und SPD.

Wenn wir heute keine Zustände wie in Großbritannien und Italien haben, ist dies weitgehend ein Verdienst der Liberalen.

Für 1975 hat sich die F.D.P. vorgenommen, für weitere 5 Jahre wieder fortschrittliche und vernünftige Politik im Lande zu garantieren.

Um dies durchzusetzen, brauchen wir jede Stimme.

Um dies durchzusetzen, wollen wir gewählt werden!



Herausgeber F.D.P. NRW, Düsseldorf
Verantwortlich für den Inhalt Eberhard Wilde MdL